Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 130 (2018)

Artikel: Vor 100 Jahren stellt der Wahlproporz das Parteiengefüge auf den Kopf : politische Parteien im Aargau : von den Anfängen bis zur Gegenwart

Autor: Bircher, Silvio

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-858467

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vor 100 Jahren stellt der Wahlproporz das Parteiengefüge auf den Kopf

Politische Parteien im Aargau: Von den Anfängen bis zur Gegenwart

SILVIO BIRCHER

Schon der beste Kenner des Parteiwesens in der Schweiz, Erich Gruner, klagte in seinem Standardwerk[1] über den Mangel an zusammenfassenden Partei-Darstellungen. Der Hauptgrund liege in der Vielfalt und im Föderalismus. Und in der Tat: Keine der grossen Parteien in der Schweiz ist zentral entstanden. Neuere politologische Studien[2] weisen in die gleiche Richtung: vier Sprachgruppen, zwei Hauptkonfessionen, Föderalismus und Gemeindeautonomie verunmöglichten die Bildung von einheitlichen Parteiorganisationen in der kleinräumigen Schweiz. Auch im Aargau fehlt eine eigentliche Parteiengeschichte. Weil sich die meisten Parteigründungen auf die landesweiten Parteiströmungen abstützten, müssen wir in unserer Darstellung beides im Auge behalten. Zudem zählten und zählen immer wieder Aargauer Politiker und Politikerinnen sowohl auf dem kantonalen wie eidgenössischen Fechtboden zu den Hauptakteuren – auch sie bilden einen Teil einer richtig verstandenen Geschichte der politischen Parteien im Aargau. Als Zeitachse unserer Parteiendarstellung wählen wir die letzten 100 Jahre. Je nach Betrachtungsgegenstand werden zum besseren Verständnis auch frühere Jahre berücksichtigt.

Parteigründungen und Landesstreik von 1918 verhalfen Proporzwahl zum Durchbruch

Wir werden darstellen, wie sich nach Gründung des Bundesstaats 1848 sowohl im Aargau wie auf Bundesebene neben der liberal-radikalen (freisinnigen) Grossfamilie um die Jahrhundertwende die beiden anderen grossen Parteiströmungen – Katholisch-Konservative und Sozialdemokraten – zu bilden begannen. Sie brauchten für eine gerechte Vertretung in den Parlamenten das Proporzwahlrecht. Unabhängig vom Landesstreik 1918 gab es zur Realisierung dieser fundamentalen Systemänderung im Aargau wie im Bund – siehe weiter unten – schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts Parlamentsvorstösse und Volksinitiativen. Denn ohne Parlamentsmandate vermag eine Partei auf die Dauer nicht zu bestehen. Zu gering ist ihre Ausstrahlung. Aber auch vom Gerechtigkeitsprinzip aus garantiert der Proporz, dass die Parteien gemäss ihrer Wahlstärke in den Parlamenten vertreten sind. Es bildet sich ein Mehrparteiensystem heraus, in dem schon rein rechnerisch kaum eine Partei über die Mehrheit verfügt. Der Proporzeffekt ist umso genauer, je grösser die Zahl der im Wahlkreis zu vergebenden Mandate ist. Weil die auf der Parteiliste Kandidierenden mit den meisten Stimmen gewählt sind, kommt das Persönlichkeitsprinzip noch genügend zum

Tragen. Bei einem Rücktritt rutscht die oder der Ersatzplatzierte nach. Dieses System wird in der Schweiz für die Wahl des Nationalrats sowie für die meisten kantonalen und kommunalen Parlamente angewendet. Beim Majorzwahlsystem, welches den Stärksten bevorzugt, treten die Kandidatinnen und Kandidaten als Einzelpersonen an. Ein Rücktritt bedingt eine Neuwahl. Es werden so viele Personen gewählt, wie der Wahlkreis Sitze zählt – im Extremfall einen, beim Aargauer Regierungsrat 5 Sitze, beim Ständerat 2. Für diese 7 wichtigen Sitze wurde aufgrund einer SP-Volksinitiative bereits im Juni 1903 mit 16 520 Ja- gegen 13 725 Nein-Stimmen die Volkswahl anstelle der Wahl durch den Grossen Rat beschlossen. Mit unserer Mehrparteienregierung entwickelte sich – unter Berücksichtigung der Volksrechte mit Initiative und Referendum – eine Art Konkordanz- oder Konsensdemokratie. Im Bund teilen die grossen Parteien seit 1959 gemeinsam die Regierungsverantwortung. Gemäss der damaligen Wählerstärke setzte sich der Bundesrat nach der sogenannten Zauberformel aus je 2 FDP, 2 SP, 2 CVP, 1 SVP zusammen.[3] Wir setzen uns weiter unten noch damit auseinander.

Spaltungserscheinungen im Innern – gewaltige europäische Umwälzungen

Die Parteigründungen und die Einführung des Proporzwahlrechts vor rund 100 Jahren fielen in die bewegte Zeit um den Ersten Weltkrieg. Damals zeigten sich gefährliche Spaltungserscheinungen in der Bevölkerung und in der Politik, wie sie der Bundesstaat bisher nicht gekannt hatte. Da waren sprachlich-kulturelle Gegensätze zwischen Deutsch- und Welschschweiz.[4] Diese neigte eher zur Entente mit Frankreich, Grossbritannien und Italien. Die deutschsprachige Schweiz stellte sich mehrheitlich auf die Seite der beiden Kaiserreiche Österreich-Ungarn und Deutschland. Hinzu kamen steigende soziale Spannungen, Inflation, knappe Löhne, fehlender Lohnersatz für die Militärleistenden, Rationierungen. Die enormen politischen Umwälzungen im Ausland, der Sturz beider Kaiserreiche und die Oktoberrevolution in Russland heizten die Stimmung zusätzlich an. Es begannen erste Protestaktionen in der Arbeiterschaft. Die SP ging parallel dazu immer mehr auf Distanz zur militärischen Landesverteidigung. In Zürich weitete sich am 9. November 1918 ein Proteststreik nach Interventionen des «Oltener Aktionskomitees» unter Robert Grimm drei Tage später zu einem landesweiten Generalstreik aus. Bürgerliche und organisierte Gewerkschaften drifteten mehrheitlich auseinander. Die Streikenden forderten die 48-Stunden-Woche, eine sichere Lebensmittelversorgung, die Alters- und Invalidenrente, eine Vermögenssteuer zum Abbau der Staatsschulden, eine Armeereform, Frauenstimmrecht sowie sofortige Neuwahl des ungerecht zusammengesetzten Nationalrats nach dem Proporzwahlrecht. Nach einem Ultimatum des Bundesrats wurde der Generalstreik am 14. November abgebrochen.[5] Für unsere Parteiengeschichte interessiert, dass die Proporz-Neuwahl des Nationalrats noch im selben Jahr stattfinden konnte. Die nötigen Entscheide waren schon früher gefallen – der Landesstreik beschleunigte die sofortige Einführung.

Bei erster Aargauer Proporz-Grossratswahl verlor der Freisinn seine Mehrheit

Im Aargau wurde eine erste Proporzinitiative von der Arbeiterpartei (später Sozialdemokratische Partei, SP) schon 1908 eingereicht, vom Volk aber mit 62 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Katholisch-konservative Volkspartei (KK, später CVP) unterstützte das Anliegen, die Freisinnigen (FDP) wandten sich entschieden dagegen. 1919 nahm die SP den nächsten Anlauf. Das Volk stimmte diesmal im September 1920 der Initiative relativ knapp mit 24788 Ja- gegen 20196 Nein-Stimmen zu. Das nötige Wahlgesetz folgte auf dem Fuss, wobei auch im Kanton der Landesstreik und ein starker öffentlicher Druck mithalfen. Auch die neu gegründete BGB unterstützte den Proporz.[6] 1921 fand die historisch bedeutsame erste Proporz-Grossratswahl mit damals 200 Mandaten statt. Davon gewannen die vier grossen Parteien 187 Sitze, nämlich SP 51, KK 47, BGB 46, FDP 43 Sitze. Fünf kleinere Parteien erzielten 13 Sitze: Fortschrittliche Bürger- und Bauernpartei 5, Grütlianer 3, EVP 2, Volkspartei 2, Radikale Partei 1 (vgl. dazu die Tabelle Grossratswahlen).

Sowohl 1921 wie 2017: neun Parteien im Grossen Rat

Einschneidend gestaltete sich dieses Ergebnis für die Freisinnigen: Sie verloren 97 Mandate sowie die Vormachtstellung im Kanton. Bei der letzten Majorzwahl von 1917 mit total 213 Mandaten verfügten die Freisinnigen mit 140 Sitzen noch über die absolute Mehrheit. Die KK zählten 55 Grossräte, die SP 18. Noch nicht vertreten war damals die BGB. Sie verbuchte deshalb den grössten Gewinn mit 46, gefolgt von der SP mit 33 Sitzen. Die KK verloren 8 Mandate. Zum Vergleich: 1917 teilten sich die drei Grossen die Sitze im Grossen Rat. 1921 gelangten neun Parteien ins Parlament. Drei davon waren allerdings eng liiert mit SP, FDP, KK oder BGB.

Interessant fällt ein Vergleich mit heute aus. Die 140 Grossratsmandate für die Legislatur 2017/2020, gewählt am 23. Oktober 2016 – erstmals zusammen mit den Regierungswahlen – verteilen sich wie folgt: SVP 45, SP 27, FDP 22, CVP 17, Grüne 10, GLP 7, EVP 6, BDP 4, EDU 2. Somit sind erneut, wie damals 1921, neun Parteien im Kantonsparlament vertreten. Auf die elf Bezirke verteilt entfallen auf Baden 30, Aarau und Bremgarten je 16, Zofingen 15, Lenzburg 12, Brugg 11, Rheinfelden 10, Kulm 9, Laufenburg, Muri und Zurzach je 7 Grossratssitze.[7]

Dank Proporz grosses Vorrücken für BGB und SP beim Bund ...

Bei den Wahlen in den Nationalrat vor 1919 erreichten unter dem Mehrheitswahlrecht, teils dank entsprechender Wahlkreisgeometrie, der Freisinn und in ihren Stammlanden auch die KK Vormachtstellungen. Von den damals noch 189 Nationalratssitzen entfielen in der letzten Majorzwahl von 1917 auf Liberale/Radikale 115, KK 42, SP 20, Bauern 4, Diverse 8 Sitze. Anstrengungen zur Einführung des Proporzes erfolgten mit gescheiterten Volksinitiativen schon 1900 und 1910. Am 13. Oktober 1918 stimmten Volk und Stände der Einführung schliesslich mit Zweidrittelmehrheit zu.[8] Dank vorgezogener Wahlen als Folge der Landesstreikforderung gelang die Um-

stellung bereits 1919: Freisinn und Liberale sanken massiv auf zusammen 69 Sitze; die KK blieben mit 41 etwa gleich; die SP konnte die Sitzzahl auf 41 verdoppeln; auf Diverse entfielen 8. Die erstmals lose auftretende BGB gewann auf Anhieb 30 Sitze.[9] Wohl war die Hegemonialstellung der Freisinnigen gebrochen, aber der Bürgerblock von FDP, KK und BGB verfügte immer noch über eine solide Mehrheit. 5 der 7 Bundesräte gehörten zum Freisinn, nachdem diese den KK 1891 mit dem Luzerner Josef Zemp den ersten Bundesrat und 1919 einen zweiten zubilligten. Zehn Jahre später kam die BGB auf Kosten der FDP mit dem Berner Ruedi Minger zu ihrem ersten Bundesrat. Der SP gelang dies erst 1943 mit dem Zürcher Ernst Nobs,[10] nachdem sie zuvor 11 Nationalratssitze gewonnen hatte.

... und im Aargau je drei Nationalräte für die vier Parteien

1919 entfielen von den 189 Parlamentssitzen auf den Aargau 12 Nationalräte. Die vier Parteien FDP, KK, SP und BGB stellten je drei Volksvertreter. Im Ständerat vertraten zwei Freisinnige den Aargau. Dieser setzte sich bei damals 44 Sitzen aus FDP 23, KK 17, BGB 1, SP 0, Diverse 3 zusammen.

Für die Legislatur 2015/2019 entfallen auf den Aargau als viertgrössten Kanton 16 Nationalratssitze. Diese verteilen sich auf SVP 7, FDP 3, SP 2 und CVP, GLP, Grüne und BDP je 1. Im Ständerat wirken je eine Sozialdemokratin und ein Freisinniger. Im heutigen 200-köpfigen Nationalrat stellt die SVP mit 65 Mitgliedern die stärkste Fraktion. Es folgen SP mit 43, FDP mit 33, CVP mit 27, Grüne mit 12, GLP und BDP mit je 7 und Diverse mit 6 Mandaten (vgl. dazu die Tabelle Nationalratswahlen).[11]

Parteien sind unerlässlich für die demokratische Willensbildung ...

Bevor wir uns dem Werdegang der Parteien zuwenden, fragen wir uns: Was sind überhaupt Parteien, wo und wie wirken sie, welche Befugnisse kommen ihnen zu? Die Forschung sagt übereinstimmend, dass Parteien Hauptträger der politischen Willensbildung sind. Sie nehmen Einfluss auf Entscheide bei Volksabstimmungen und durch ihre Beteiligung an Wahlen in Bund, Kanton, Bezirken und Gemeinden. In der Regel stützen sie sich auf eine bestimmte Weltanschauung und nehmen Interessen wahr. Die Parteien sind laut Bundesverfassung in das wichtige vorparlamentarische Vernehmlassungsverfahren einzubeziehen, genauso wie die Kantone und «interessierten Kreise». Damit sind vor allem die Wirtschaftsverbände gemeint. Auch im Aargau sind die «politischen Kantonalparteien» anzuhören.[12] In der entscheidenden parlamentarischen Phase wirken sowohl im Aargauer Grossen Rat wie im National- und Ständerat beim Bund via die Fraktionen und gewählten Volksvertreter alle relevanten Kräfte auf den Entscheidungsprozess ein. Den Parteien kommt eine für die demokratische Willensbildung unerlässliche Funktion zu. Diesem Befund können auch wir uns nach über 30-jähriger politischer Tätigkeit voll und ganz anschliessen.

... aber es gibt keine direkte staatliche Parteienfinanzierung

Parteien sind rechtlich Vereine (ZGB Art. 60 bis 79).[13] Ihr Zweck und ihre Organisation sind in Statuten verankert. In der Bundesverfassung (BV) von 1999 wie auch in der Kantonsverfassung (KV) von 1980 werden sie erstmals als «Mitwirkende an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes» speziell erwähnt und damit auch anerkannt.[14] Heute verfügen die meisten Parteien über eine dezentrale Struktur, zum Beispiel mit Sektionen, und fällen die wichtigen Entscheide über Delegiertenversammlungen. Es gibt weder beim Bund noch im Aargau ein Parteiengesetz und auch keine gesetzlich verankerte Parteienfinanzierung. Hingegen können laut KV 67 den Parteien «durch Gesetz Beiträge zugesprochen» werden, sofern «deren Ziele und innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen». Im Bund fehlt eine solche Rechtsgrundlage. Doch werden im Bund und in vielen Kantonen schon heute mit nach Parlamentsstärke gestaffelten Beiträgen an die Fraktionen indirekt die Parteisekretariate und damit die Parteien unterstützt. Im Aargau erhalten die Fraktionen gesamthaft für ihre Arbeit 250 000 Franken.[15] Als weitere Form der indirekten Parteienfinanzierung ermöglicht der Aargau den Parteien, beim Versand der Wahlzettel und Listen ihre Wahl- und Parteiwerbung beizulegen. Eine weitere Möglichkeit bestünde, wie in Deutschland oder Frankreich praktiziert, noch in der Einräumung von Gratis-Sendezeiten an Radio und TV. Indirekt unterstützen die SRG mit ihren 17 Radio- und 7 TV-Sendern sowie im Aargau die zu den AZ Medien zählenden Sender Tele M1 und Radio Argovia die Parteien mit zugestandenen Direktauftritten, Statements etc. Vor Abstimmungen erhält auch die Landesregierung ein Podium.[16] Die staatliche Parteienfinanzierung wird sowohl von der Wissenschaft wie von der Politik kontrovers beurteilt.

Liberale Grossfamilie, Katholisch-Konservative und Sozialdemokratie

Drei ideologische Strömungen prägten die Aargauer und Schweizer Politik. Mit der Zeit entwickelten sich daraus fest strukturierte Parteien. Es sind dies eine zunächst breit aufgesplitterte liberale Grossfamilie (später Freisinnige), die Katholisch-Konservativen und die Sozialdemokratie. Die Zustimmung zum Bundesstaat von 1848 bedeutete den Abschied vom Staatenbund und den Beginn der heutigen demokratischen Eidgenossenschaft. Es war die Tat liberaler Kräfte, welche dem Bund neue Kompetenzen, einen einheitlichen Wirtschaftsraum und eine neue Behördenorganisation mit Gewaltentrennung und dem Zweikammersystem verschafften. Diesen Zentralisten stellte sich eine konservative und föderalistische Strömung entgegen, welche sich auch für die Freiheit der Kirche und für starke Kantone einsetzte. Zunächst prägten diese beiden Kräfte im Aargau des 19. Jahrhunderts das politische Leben. Die Liberalen wollten eher die Macht des Staates einschränken und mehr politische Rechte für die Bürger. Die im Aargau besonders starke radikale Bewegung prallte mit ihrem Bestreben auf stärkeren nationalen und kantonalen Zusammenschluss auf den Widerstand der katholischen Kirche und der Konservativen. Die

Kirche sollte deshalb ganz der Staatsgewalt unterworfen werden. Es kam unter der Führung des in Bund und Kanton parallel politisierenden Augustin Keller zur Aufhebung aller acht aargauischen Klöster im Jahr 1841. Diese Gewaltpolitik riss nicht nur einen tiefen innerkantonalen Graben auf, sondern setzte sich auch auf schweizerischer Ebene fort. Der Konflikt zwischen protestantischen und katholischen Orten mündete schliesslich in den Sonderbundskrieg von 1847, den letzten Bürgerkrieg der Schweiz.[17]

Kampf der SP zwischen Ideologie und Pragmatismus

Liberale, Radikale sowie Demokraten dominierten im 19. Jahrhundert die politische Landschaft, stellten die Regierungen und erhielten unter dem Majorz-Wahlsystem die meisten Parlamentssitze. Erst mit dem oben aufgezeigten Proporzwahlrecht für Nationalrat und Grossen Rat war die freisinnige Vorherrschaft beendet. Aber auch die rasch aufkommende Industrie stand unter ihrem Einfluss. Die Historiker Bruno Meier und Dominik Sauerländer dokumentierten in Wort und Bild eindrücklich die für den Aargau «grosse Zeit der Textilindustrie» mit den Auswirkungen auf Mensch und Arbeit.[18] Die zum Teil schreienden sozialen Missstände – so die viel zu langen Arbeitszeiten und Kinderarbeit – trugen um 1860 zur Loslösung von Grütliverein und Demokraten von der freisinnigen Grossfamilie bei. Sie stellten sich hinter die aus Arbeiterbünden 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei. Als «Arbeiterpartei» erfolgte 1902 die Gründung im Aargau mit 44 Sektionen und 785 Mitgliedern. Erster Präsident war ihr einziger (!) Grossrat Morger in Zofingen.[19] 1912 folgte die Gründung des Gewerkschaftsbunds. Oben ist aufgeführt, wie die SP sowohl im Grossen Rat wie im Nationalrat nach dem Landesstreik stärkste Partei wurde. Für den Nationalrat wurden Arbeitersekretär Müri, Lehrerverbandspräsident Karl Killer und der Volkswirtschaftler Arthur Schmid senior gewählt. Schmid wurde kurz danach in Personalunion SP-Parteisekretär und Chefredaktor der 1906 gegründeten Parteizeitung «Freier Aargauer». Diese Doppelbelastung wie das Mandat in Bern führte er bis zu seinem Tode im November 1958 weiter. Er prägte in all den Jahren Aufbau und Kurs der Partei und war schärfster Widersacher im Wortstreit mit den Bürgerlichen.

Arthur Schmid senior und sein Widersacher Eugen Bircher

Eine der wichtigsten Kontrahenten war der Chefarzt, spätere Divisionär sowie BGB-Nationalrat Eugen Bircher, ein enorm populärer, stark nationalistisch gesinnter Exponent des Bürgerblocks.[20] Um 1930 sprach sich dieser für eine verstärkte Landesverteidigung, Schmid hingegen für Abrüstung und Pazifismus aus. Einem solchen Rededuell folgten damals über 2000 Personen in der Turnhalle Gränichen. 1934 revidierte Schmid angesichts der immer stärkeren Hitler-Bedrohung seine Haltung und beantragte auf dem SP-Parteitag, die bewaffnete Landesverteidigung zu unterstützen. 142 Delegierte folgten ihm, 50 waren dagegen. Partei- und Gewerkschaftsexponenten wie Nobs, Grimm, Ilg und andere Kantonalparteien vollzogen den glei-

chen Meinungswechsel – erst 1937 machte auch der SPS-Parteitag den Schwenker national mit. Vor allem die damals die SP prägenden Nationalräte Schmid und Killer sowie National- und Regierungsrat Siegrist verteidigten fortan die Bejahung der Landesverteidigung hauptsächlich auch gegen inneren Widerstand. Dieser ist erklärbar durch die Armeeeinsätze im Landesstreik 1918 und das damalige Bekenntnis des SPS-Parteiprogramms zum Klassenkampf. Das Gemetzel des Ersten Weltkriegs liess manchen Patrioten zum Pazifisten werden. Trotz Verankerung der «Diktatur des Proletariats» im Programm von 1920 lehnte die SP aber den Beitritt zur Dritten Internationalen via Urabstimmung mit 14 612 Nein- gegen 8722 Ja-Stimmen ab, im Aargau mit 1535 Nein- gegen 349 Ja-Stimmen. Der unterlegene Flügel spaltete sich ab und gründete die Kommunistische Partei, ab 1944 Partei der Arbeit, die im Aargau einzig 1945–1949 zwei Grossratssitze gewann. Die SP distanzierte sich schon früh von ihr, hatte doch die KP die Sozialdemokraten in Osteuropa aus- oder gleichgeschaltet. Am andern politischen Rand stellte die Nationale Front auch nur 1937–1941 einen Grossrat. Trotz einiger Sympathien in rechtsextremen Kreisen vermochten «Frontenfrühling», Führerprinzip und Blut- und Bodenpolitik in der Schweiz nicht zu verfangen.

Die Linke wird bunter und grüner – Autopartei und Nationale Aktion verschwinden wieder

Viel später entstand unabhängig von der SP, aber personell verknüpft, die «68er-Bewegung». Sie war «nicht unmittelbar revolutionär», wollte mehr Freiräume, liess sich befeuern von den Rolling Stones und Jimmy Hendrix und war für viele ein gesellschaftspolitischer Aufbruch und Protest, der fast nahtlos der «intellektuellen Unrast» eines Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt, Niklaus Meienberg oder Max Imboden (mit seiner Schrift «Helvetisches Malaise») Anfang der 1960er-Jahre folgte.[21] Es war die Zeit des Prager Frühlings und der Blumenkinder. Viele 68er schlossen sich in den 1970er-Jahren wachstums-, armeekritischen sowie entwicklungspolitischen Gruppen an. Die Bewegung opponierte dem Trend zur Grosstechnologie und gipfelte in der Besetzung des Baugeländes und im politisch beschlossenen Verzicht auf ein sechstes Atomkraftwerk in Kaiseraugst.[22] Es bildeten sich oppositionelle Parteien wie Freie Liste, Neue Linke mit POCH, Alternative oder im Aargau das «Team 67», das einen linksliberalen Kurs einschlug und für kurze Zeit 3 Grossräte stellte. Ursula Mauch und der Schreibende wechselten mit andern zur SP und wurden Nationalräte. Andere kamen via die POCH zur SP (Basel und Zürich), und wieder andere landeten bei den Grünen. Die Grüne Partei GP startete im Aargau 1985 mit 5 Grossräten. 1987 zählte die GP schweizweit 9, in der Legislatur 2015–2019 11 Sitze. Die Grünen Aargau hielten seither mit einer Ausnahme einen Nationalratssitz und 5 bis 10 Grossratsmandate bei rund 5 bis 7 Prozent Wähleranteil. Die ursprüngliche Ein-Themen-Partei betrieb bald einen Mix aus Umweltthemen und linken Positionen. Heute bildet sie mit der SP die rot-grüne Linke. Man nennt sie deshalb oft neckisch die «Melonen-Grünen», das heisst aussen grün und innen trotzdem rot.

Wegen diesem Linkstrend spalteten sich die Grünliberalen GLP 2004 ab und suchen seither einen Weg zwischen SP und FDP, oder thematisch zwischen Ökologie und Ökonomie. Im Aargau erreichen sie seit 2009 im Grossen Rat Fraktionsstärke und stellen seit 2011 einen der 16 Nationalräte.

Die Auto- respektive Freiheitspartei entstand ab 1985 als Reaktion auf die öV- und Umweltförderung obiger Parteien und «weil sich die bürgerlichen Parteien zu kompromissbereit verhielten». Hochburgen hatte sie im Mittelland, wo das Transportgewerbe und viele Garagen tätig sind – so auch im Aargau. 1991 stellte sie national bei 5 Prozent Wahlstärke 8 Nationalräte, im Aargau bei 15 und 11 Prozent (1995) je 2 Vertreter in Bern sowie 12 und 19 (!) Grossräte. 1999 verlor die Partei alle ihre Sitze – das Schicksal von Ein-Themen-Parteien – und Nationalrat Ueli Giezendanner wechselte mit andern zur SVP. Ein Blick auf die Wahltabellen zeigt: Die Autopartei wurde von der SVP quasi aufgesogen: Nach deren Verschwinden konnte sie ihre Nationalratssitze von 3 auf 5 erhöhen. Demgegenüber stammte die Wählerschaft der 1961 gegründeten, weit rechts angesiedelten Nationalen Aktion NA, später Schweizer Demokraten SD, aus allen Parteilagern und Volksschichten. Ihr Anliegen war der Kampf gegen die Einwanderung. Der konservative James Schwarzenbach als ihr Bannerträger und erster Nationalrat lancierte die nach ihm benannte Volksinitiative, welche die Ausländerquote auf zehn Prozent beschränken wollte. Sie wurde 1970 nur knapp mit 54 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Es folgten in kurzen Intervallen mit sinkender Unterstützung vier weitere Initiativen ähnlichen Inhalts. 1971 errangen NA und Republikaner 11 Nationalratssitze – 8 Jahre vertrat sie im Aargau der Freiämter Tierarzt Josef Fischer. Mit über 6 Prozent Wähleranteil stellte die NA 10 Grossräte. Da die NA ganz, die SD weitgehend verschwunden ist, nahm sich mit ihrem ab 2002 aktuellen Kampf gegen die Personenfreizügigkeit die SVP der Ausländerproblematik an …

Die SP zwischen Konkordanz und Opposition

Auch beim Linksblock schälte sich in den letzten 30 Jahren ein Automatismus heraus: Gewinnen die Grünen, verliert die SP, und umgekehrt. Insgesamt steht heute die Linke bei 22 bis 27 Prozent Wähleranteil – 1955 waren es noch 34, 1947 gar 36 Prozent! Was sind die Gründe für diesen Rückgang? Ist die SP zu gemässigt oder zu radikal? Wohl beides: Den Gemässigten fehlen klare Aussagen in der Kapitalismus-, Ausländer- und Armeedebatte, der linke Flügel drängt auf schärfere Besteuerung oder hinterfragt die Frage der Regierungsbeteiligung. Wir erinnern uns: Ein aufgewühlter Aargauer Parteitag in Brugg und eine SPS-Parteitags-Mehrheit von 773 zu 511 entschied 1983 gegen den Austritt aus dem Bundesrat, als statt der offiziellen Kandidatin Lilian Uchtenhagen der Solothurner Otto Stich in das Siebnergremium gewählt wurde.[23] Fakt ist zudem, dass die SP-Zweiervertretung von den bürgerlichen Parteien seit 1959 nie in Frage gestellt und auch von ihnen nicht jede offizielle Kandidatur geschluckt wurde. Unsere Einschätzung: Wir interpretieren den Kurs der SP als Weg zwischen Pragmatismus und Ideologie, zwischen Konkordanz und Op-

position, den die SP als eine evolutionäre und demokratische Volkspartei bisher gegangen ist.

Der Freisinn dominiert die Presse

1894 schlossen sich die diversen radikalen, liberalen und demokratischen Parteien zur Freisinnig-demokratischen Partei (FDP) zusammen. Die Partei richtete sich programmatisch stark national und freiheitlich aus, stand zu liberalem Wettbewerb und Eigentumsrecht. Die FDP Aargau entstand 1895 aus den bisher getrennten oben erwähnten Gruppen. 1907 spaltete sich die linksfreisinnige Rheinkreispartei wieder ab, die mit Josef Jäger zeitweilig auch einen Nationalrat stellte. Hingegen blieben später die erneuerungswilligen Jungliberalen im Schosse der Mutterpartei. Erster FDP-Präsident wurde der legendäre Oberst Künzli aus Murgenthal, ab 1905 Ständerat Schulthess aus Brugg.[24] Neben dem schon bestehenden freisinnigen «Aargauer Tagblatt» AT erschien damals als Organ des Radikal-demokratischen Flügels die «Neue Aargauer Zeitung» (bis 1947). Andreas Müller zählt in seiner umfassenden Aargauer Pressegeschichte sodann – Stand Mitte Jahrhundert – noch das «Badener Tagblatt» BT, das «Brugger» und das «Zofinger Tagblatt» ZT zur Freisinn-Presse. Die SP verfügte über den «Freien Aargauer», die KK über das «Aargauer Volksblatt», und die BGB gab zuletzt die «Neue Bürger Zeitung» heraus.[25] Alle diese Organe verschwanden, bis auf die drei Tagblätter AT, BT und ZT. Das ZT blieb bis heute eine unabhängige, selbständige regionale Zeitung. AT und BT fusionierten 1996 zur «Aargauer Zeitung» AZ, wobei dem BT und dem Hause Wanner der Lead zukam. Die AZ als Flaggschiff mit der von Verleger Peter Wanner seither aufgebauten AZ Mediengruppe in der Nordwestschweiz gilt als unabhängige Pressegruppe mit liberaler Grundhaltung. Sie bildet zusammen mit Tages-Anzeiger-, NZZ- und Ringiergruppe das Quartett, auf das sich der Medienmarkt, erweitert um digitalisierte Produkte, heute konzentriert; AZ und NZZ neu auch in Kooperation.

Zurück zur Jahrhundertwende, als die FDP noch Mehrheitspartei war. Damals begann auch das politische Wirken der drei Gebrüder Keller: Emil 1909–1945 als Regierungs- und Nationalrat, Gottfried 1912–1943 im Ständerat und Alfred als hoher Militär. Man hörte den Spruch von der «Unterkellerung» des Freisinns oder der Dynastie Keller.[26] Nach den oben bei der Proporzwahl-Einführung dargelegten FDP-Mandatsverlusten und der Abspaltung der Bauern brachten Schulthess und Keller mit ihrem enormen Tatendrang dem Freisinn wieder Auftrieb. Beide erlitten aber auch Enttäuschungen.

Edmund Schulthess' Hürdenlauf in schwerer Wirtschaftskrise

Edmund Schulthess, Aargauer Bundesrat[27] in schwierigster Zeit von 1912–1935, war ein undoktrinärer Tatmensch, zwar anerkannt, doch nie volkstümlich.[28] Noch als Grossrat setzte er sich gegen FDP-Gegner mit Verve für die Verstaatlichung der Aargauischen Bank zur heutigen AKB ein.[29] «Bern» kannte er von seiner Zeit als

Ständerat (1905–1912). Nur mit Wendigkeit und grossem Einsatz meisterte er die Kriegsjahre. 1925 stimmte das Volk einer AHV-Einführung im Grundsatz zu, doch 1931 erlitt der Volkswirtschaftsminister mit dem nötigen Ausführungsgesetz eine schmerzliche Niederlage. Die Schweiz steckte mitten in einer schweren Wirtschaftskrise. Jetzt sah Schulthess, trotz der mit 385 000 Unterschriften 1934 eingereichten «Kriseninitiative», die Grenzen «staatlicher Machbarkeit» und lehnte unter anderem planmässige Arbeitsbeschaffung ab, wie sie die sogenannte Richtlinienbewegung forderte. Doch sein vorgelegtes Deflationsprogramm mit Preis- und Lohnabbau sowie Exportförderung wurde als einseitig industriefreundlich stark kritisiert. Dies und Widersprüche auch im Bundesrat führten zum resignierten Rücktritt Ende 1935. Die FDP schickte mit Ausnahme der Zeitspanne 1943–1948 ausnahmslos eine Ständevertretung nach Bern. Dabei stachen nach Edmund Schulthess, Gottfried Keller und Ernst Speiser seit Mitte des 20. Jahrhunderts Ernst Bachmann, Hans Letsch, die Parteipräsidenten Bruno Hunziker und Philipp Müller, Christine Egerszegi und Thomas Pfisterer auch schweizweit hervor.

NOK-/AEW-Gründer Emil Keller und sein verlorener Ständeratskampf

Seinen Einsatz für eine staatliche Energieversorgung krönte der volksverbundene Keller mit der Gründung des Strom-Kantonsverbunds NOK 1914 und des kantonseigenen AEW 1916, womit der Industrialisierung und dem Volkswohlstand gedient war.[30] Zum Verhandeln mit den Ostschweizer Kantonen half ihm dabei sein Doppelmandat in Bern – heute wäre ein Regierungs- mit dem Nationalratsmandat nicht mehr kombinierbar. Seine Parlamentszeit beendete er als Präsident der Volkskammer. Es folgte 1943 die Kandidatur im denkwürdigen Ständeratswahlkampf gegen den ebenso populären SP-Stadtammann von Baden, Karl Killer. Mit zum Wahlsieg des ehemaligen Badener Lehrers – der erste SP-Ständeratsgewinn im Aargau – verhalf der Wahlslogan «Das i-Tüpfchen nicht vergessen!» sowie der FDP-Stadtammann von Zofingen als Sprengkandidat, welcher Keller Stimmen kostete. Mit dem frühen Tod Killers 1948 ging der Sitz erneut an die FDP. Der BBC-Direktor und in der Kriegswirtschaft engagierte Ernst Speiser gewann gegen SP-Regierungsrat Rudolf Siegrist. Der geschlossene Bürgerblock war zu stark, wie auch 1949, als der zweite SVP-Regierungsrat zurücktrat und den Sitz der FDP überliess.

Das Auf und Ab mit der Regierungsrats-Doppelvertretung

Kurt Kim holte den Sitz gegen den jungen SP-Grossrat Adolf Richner, späterer Exekutivnachfolger des ersten SP-Regierungsrats Siegrist. Nun lautete die Regierungsformel 2 FDP und je 1 SP/BGB/KK. Diese Doppelvertretung gelang der FDP auch nach 1985 mit dem Duo Lareida-Rickenbach sowie Pfisterer-Mörikofer bis 2000, als erstmals die CVP zwei Regierungsräte stellen konnte. Wie schon beim soeben geschilderten SP-Ständeratsgewinn halfen 1965 glückliche Umstände zum Gewinn des zweiten SP-Regierungssitzes. Die CVP verweigerte die Unterstützung des FDP-

Kandidaten Burren, weil seine Partei grobes Geschütz gegen CVP-Justizdirektor Hausherr auffuhr, als dieser eine Grundbuch-Unregelmässigkeit auszubaden hatte und zurücktrat. Auch die BGB verwehrte in Sorge um den eigenen Sitz dem Freisinn die Unterstützung. So kam es zum Doppelgewinn der zwei SP-Vertreter Adolf Richner und Arthur Schmid junior. Als Richner 1969 zurücktrat, fand der Badener SP-Mann Louis Lang die Unterstützung des «Badener Tagblatts» gegen den FDP-Seminarlehrer Süsstrunk, und die Doppelvertretung dauerte bis 1985.

Bei Krisen die SP – wenn die Konjunktur boomt, die FDP

Höhen und Enttäuschungen gab es bei der FDP nicht nur im Personellen, sondern auch in den Wähleranteilen nach 1919 bis nach dem Krieg, während die SP parallel mit bis zu 34 Prozent Wähleranteil zur weitaus stärksten Partei aufrückte. Je mehr die Krise sich verstärkte, desto mehr gewann die rote «Arbeiterpartei», je mehr die Konjunktur nach dem Korea-Boom anzog und die Nachkriegswirren sich legten, desto mehr sanken nach 1950 auch die SP-Wählerzahlen wieder bis in die 1970er-Jahre. Die Freisinnigen konnten wieder Fuss fassen, lancierten selbstbewusst die Losung «Mehr Freiheit – weniger Staat», stagnierten gegen 20 Prozent, um dann nach 1990 erneut einzubrechen. Erst bei jüngsten Wahlen zeigte sich dank zupackender Aargauer Präsidentschaft von Philipp Müller wieder ein Aufwärtstrend. Der Inlandschef der «Weltwoche» meint zudem, dass der «volkswirtschaftlich relevante Bilateralismus mit der EU eine Wanderbewegung von der SVP zurück zur FDP» befeuern könnte.[31] Dazu kontrastiert die Kritik von Rolf Dörig, Verwaltungsrats-Präsident der Swiss Life, an seiner Partei: Sie sei zu akademisch-elitär in der Gesellschaftspolitik. «Darum werfen viele FDPler an der Urne SVP ein.»[32] Die FDP hatte – so unser Fazit – über die ganze Zeitepoche trotz starker Verluste eine starke und staatstragende Stellung und ein gutes Personalreservoir. Staatliche Stützungsaktionen wie bei der Banken- oder Swissair-Krise trägt sie mit, teilweise nicht ganz uneigennützig. Ihr Einfluss war oft grösser als ihre zahlenmässige Repräsentanz, was auch ihren Stützen in Wirtschaft und Verwaltung zuzuschreiben ist. Und ganz auf Opposition in Sach- oder Grundsatzfragen gegenüber Aarau oder Bern wollte und will auch die FDP – als liberale Reformer des 19. Jahrhunderts besonders legitimiert – nie ganz verzichten …

Landesring und Freie Stimmberechtigte verschwanden – die EVP ist geblieben

Infolge seiner Grösse haben auch im Aargau die kleineren Parteien mit dem Proporz eine echte Wahlchance. Oft waren es auch Ein-Themen-Parteien, welche für einige Jahre Furore machten, aber wieder verschwanden. Seit 1919 bis heute gibt es die Evangelische Volkspartei EVP. Sie fordert politisches Handeln in Verantwortung vor der Schöpfung. Ihr originellster Nationalrat war Obdachlosen-Pfarrer Ernst Sieber in Zürich, der es nur vier Jahre in Bern «aushielt». 1991 beglückwünschte ich ihn zu seiner Wahl im Bundeshaus. Hellseherisch seine Worte: «Ich bin nur ein Knecht Gottes auf Erden. Aber ob mir hier drinnen jemand zuhört?» Im Aargau pendelte

die EVP stets um 4 Prozent und sass dauernd im Grossen Rat, nur einmal im Nationalrat. Den Landesring der Unabhängigen LdU gründete Gottlieb Duttweiler 1936 fast im Alleingang, um sich gegen die Boykotte gegenüber der Migros besser wehren zu können. Der LdU wurde denn auch massgeblich vom grossen Detailhändler finanziert. Im Aargau gelangen der sozial-liberalen Oppositionspartei ab 1937 stets Grossratsmandate, am meisten in den 1970er-Jahren, wo auch mit Andreas Müller und Alfred Rasser alias «HD Läppli» sogar eine Doppelvertretung in Bern wirkte. Ende der 1990er-Jahre vereinsamte die Partei mehr und mehr. Im März 2000 fand der «Auflösungs-Parteitag» statt.[33] Die «Freien Stimmberechtigten» schliesslich verschrieben sich in den 1960er-Jahren der Abschaffung des Stimmzwangs – zwei Franken Busse bei Nicht-Teilnahme am Urnengang! Als dieser 1971 im Aargau abgeschafft wurde, verschwand auch diese Partei von der Bühne …

Konservative und Katholiken eng umschlungen – der lange Weg zur CVP

Bei der konservativen Strömung trat nach der Niederlage des Sonderbundes 1847 der katholische Zweig immer stärker in Erscheinung. Die konservative Sammelbewegung stellte sich in Opposition zum Freisinn, gegen eine zentralistische Staatsordnung und für eine Stärkung der Kirche. Sie verstand sich auch als Gegenbewegung zur aufkommenden SP- und Gewerkschaftsbewegung. Schon deshalb baute sie auch wirtschaftliche und soziale Forderungen in ihr Programm ein und gründete 1892 im Aargau die Katholisch-konservative Volkspartei, im Volksmund KK genannt. Schweizweit kam es erst 1912 zu ihrer Gründung.[34] Programmatisch näherte sie sich, zumindest im Wirtschaftlichen, wieder dem Freisinn. Mit dem Einzug in den Bundesrat 1891 wurden die konservativen Verlierer im Sonderbundskrieg wieder zum Juniorpartner. Auch im Aargau trat 1885 die FDP einen ihrer fünf Regierungssitze an die KK ab, die mit ihrem Präsidenten, dem Freiämter Peter Conrad, in die Exekutive einzog.[35] Die Partei wuchs rasch, umfasste 1907 bereits etwa 3700 Mitglieder in 34 Sektionen und es gab grosse kantonale «Katholikentage». Zu ihren Stammlanden zählten das Freiamt, Baden und Zurzach sowie das Fricktal. In ihrem Parteiprogramm stand auch die Bekämpfung des Sozialismus. Obwohl die KK auch katholische Arbeiter und Bauern vertrat, stand sie doch klar im bürgerlichen Lager, das damals noch die Freisinnigen und die Bauernbewegung umfasste. Erst 1957 erfolgte, nach einem Erstarken ihres Arbeitnehmerflügels, die Umbenennung in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz. 1970 verband sie eine interne Umorganisation mit dem neuen, heute gültigen Namen Christlichdemokratische Volkspartei CVP. Die Farbe wechselte von schwarz zu orange. Der Übername «Schwarze» aber hielt sich bis heute.

Die Krise im aargauischen Staatswesen mit Klösteraufhebung, Freischarenzügen und Sonderbundskrieg im November 1847 nagte am noch jungen Kanton. Hinzu kam 1870 die belastende Verkündigung der Unfehlbarkeitserklärung des Papstes, welche zur Abspaltung der Christkatholischen Kirche von Rom führte. Es bildeten sich auch Ableger im Aargau. Doch weite Bevölkerungskreise hatten den steten Streit

satt. Langsam bahnte sich eine inneraargauische Beruhigung an. Zusätzlich ebnete die neue Bundesverfassung von 1874 den Weg zu religiöser Toleranz. Kirchenfragen wurden weniger dominant als in vergangenen Jahrzehnten. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat entspannte sich.[36] So gelang 1885 eine danach fast 100 Jahre lang tragfähige neue Kantonsverfassung als Verständigungs- und Versöhnungswerk. Bei der Beratung der heute gültigen Kantonsverfassung von 1980 gehörten die Kirchenartikel zu den problemlosesten Abschnitten, wie uns der damalige CVP-Verfassungsrat Pirmin Meier bekräftigte.

Welche Partei, welche Regierungsräte bevorzugen welche Departemente?

Bei den Katholisch-Konservativen starb ihr erster Regierungsrat Peter Conrad 1914 im Amt. Es folgte Xaver Stalder, darauf 1935 Josef Rüttimann, 1952 Paul Hausherr und 1965 Leo Weber. Sie alle waren gebürtige Freiämter, und sie alle führten das Innere und/oder die Justiz, Leo Weber am Schluss noch das Finanzressort, genauso wie später Roland Brogli und seit 2017 der amtierende Finanzdirektor Markus Dieth. Galt schon Broglis Kampf einem ausgeglichenen Budget, hat sich nun Markus Dieth die Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons zum Ziel gesetzt.

Die BGB/SVP hatte neben dem Bauwesen mit Jörg Ursprung und Ueli Siegrist (siehe weiter unten) eine besondere Affinität zum Erziehungswesen. Da waren jahrzehntelang die landwirtschaftlichen Schulen beheimatet, quasi die Wiege einer gesunden Bauernsame. Hier wirkten die BGB-Regierungsräte Albert Studler, Fritz Zaugg, Ernst Schwarz – und beinahe auch der heutige Bildungsdirektor Alex Hürzeler, wenn nicht das einzig verbliebene Bauern-Ausbildungszentrum Liebegg zum Finanzdepartement umgeteilt worden wäre … Der SVP-Bildungsdirektor fährt einen realisierbaren Reformkurs und muss die Kurve jährlich wachsender Bildungsausgaben in den Griff kriegen.

Bei den Sozialdemokraten standen das Innere (mit Polizei, Migration etc.) und die Volkswirtschaft mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit im Vordergrund: Ab dem ersten SP-Regierungsrat Rudolf Siegrist führten es Adolf Richner, Louis Lang, Silvio Bircher, der parteilose Kurt Wernli (bis 1999 SP, der anstelle der offiziellen SP-Kandidatur sich wild aufstellen liess) und der amtierende Innen- und Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann. Dieser führte bedeutende Reformen im Justizbereich durch und gibt der Wirtschaftsförderung neue Impulse.

Obige Departementszuteilungen deuten indirekt darauf hin, dass unter den Regierungsparteien insbesondere der Freisinn darauf achtete, die für die Wirtschaft wichtigen Departemente des Baus und der Elektrizität und/oder der Finanzen (mit Steuern und Abgaben) zu führen. In chronologischer Reihenfolge waren dies Emil Keller, Ernst Bachmann, Kurt Kim, Bruno Hunziker, Kurt Lareida, Thomas Pfisterer, Peter C. Beyeler bis zum heutigen Baudirektor Stephan Attiger.[37] Ebenfalls als eine Domäne der Freisinnigen entpuppte sich der oft als «sechster Regierungsrat» gehandelte Staatsschreiberposten. Der Reigen reicht von Emil Keller, der vor seiner

Zeit als Regierungsrat von 1905 bis 1909 allein mit einer Schreibmaschine im Büro wirkte, bis zur heutigen ersten weiblichen Staatsschreiberin Vincenza Trivigno, die mit einem ausgebauten Stab die Regierungsgeschäfte steuert und koordiniert.

SP verschmäht die Bettlersuppe und die KK ging leer aus

Zur Zeit des Ersten Weltkriegs 1914–1918 blieben ausser der KK die anderen historischen Parteien, wie weiter unten aufgezeigt wird, noch ausserhalb der Regierungsmacht. Nach zum Teil harten Wahlkämpfen schafften diese dann den Einzug in die Exekutive. Die BGB/SVP schon sehr bald, die SP erst in den 1930er-Jahren.

In der Zwischenkriegszeit fühlte sich die KK stark genug, einen zweiten Sitz in der fünfköpfigen Exekutive zu beanspruchen. 1929 gab die FDP beim Rücktritt des Aarauers Max Schmidt freiwillig ihren dritten Sitz und damit die Mehrheit preis. Eigentlich hätten die Freisinnigen aus Konkordanzgründen gerne die Sozialdemokraten ins Regierungsboot geholt. Doch die SP als wählerstärkste Partei wollte entweder zwei Sitze oder keinen: Der SP-Parteitag verschmähte «die offerierte Bettlersuppe» und beschloss mit 130 gegen 48 Stimmen den Verzicht.[38] Die KK glaubte an einen Erfolg mit ihrem Fricktaler Nationalrat Hans Fricker. Doch nun schwenkten die Freisinnigen zum Kandidaten der Bauernbewegung, Fritz Zaugg, den auch die SP bevorzugte. Die Wahl Zauggs zum zweiten BGB-Regierungsrat – neben zwei FDP und einem KK, somit einem völlig neuen Machtverhältnis – kommentierten die Konservativen in ihrer Parteipresse verärgert als «politischen Kuhhandel» zwischen Bauern und FDP und «ganz bösen Bubenstreich».[39] 2001 sollte sich diese hier verpasste Doppelvertretung für die CVP dann doch noch einstellen, allerdings mit einem vom Volk diktierten, unerwarteten Ausgang (siehe weiter unten).

Ganz allgemein gilt, dass bei Majorzwahlen – auf kantonaler Ebene bei Wahlen in Ständerat und Regierungsrat – Parteiabsprachen mit numerischer Mehrheit nicht automatisch zum Erfolg führen, da es sich letztlich um Persönlichkeitswahlen handelt.

Enge Beziehungen zwischen den Parteien und Verbänden

Parallel zur Gründung der Parteien bildeten sich in Bund und Kantonen Wirtschaftsorganisationen. Diese verlangten die Mitwirkung bei wirtschaftsrelevanten Gesetzen im Vernehmlassungsverfahren sowie die direkte, völlig legitime Einsitznahme in beratende Gremien. So entstanden auf Seiten der Arbeitnehmer 1880 der Gewerkschaftsbund (SGB); 1907 der christliche Gewerkschaftsbund, heute Travail Suisse; auf Arbeitgeberseite 1879 der Schweizerische Gewerbeverband; 1870 der Handels- und Industrieverein, heute Economie Suisse; 1897 der Schweizerische Bauernverband mit Sitz bis heute in Brugg, wovon die Aargauer BGB ab und zu personalpolitisch profitieren konnte. Die Parteien waren zur Jahrhundertwende und auch später darauf angewiesen, in wirtschaftspolitischen, aber auch in vielen technischen Fragen Rat bei den ihnen nahestehenden Verbänden einzuholen – zu knapp waren

und sind auch heute noch ihre eigenen personellen Ressourcen. Besonders eng sind die Beziehungen zwischen dem Bauernverband und der SVP, der SP und dem Gewerkschaftsbund, dann zwischen Economie Suisse wie auch dem Gewerbeverband mit Teilen der FDP, SVP und CVP, wobei bei spezifischen Geschäften oft intensive Kontakte zu Umwelt-, Sport-, Gesundheits-, Kultur-, Verkehrs-, Wissenschafts- oder Auslandsorganisationen zum Tragen kommen. Man ist versucht, den Verbänden da und dort einen fast höheren Stellenwert als den Parteien einzuräumen. Allerdings wird manches wieder relativiert, wenn der Einbruch von neuen Akteuren der «Smartphone-Demokratie», das heisst spontanen oder organisierten Netzwerken, in das organisierte Geflecht von Parteien und Verbänden beobachtet wird. Gemäss dem Politologen Uwe Serdült könnten die Folgen weitreichend sein: In dieser neuen Form von Demokratie via Social Media sieht er die Möglichkeit, dass sich die Interessenvermittlung an den Verbänden und Parteien vorbei abspiele.[40] Wir glauben allerdings nicht, dass sich die politischen Prozesse ohne die menschlichen Begegnungen und den Austausch unter den Wissensträgern realisieren lassen. Der Mensch wird das Zentrum der Politik, somit auch der Parteien und Verbände, bleiben.

Auf kantonaler Ebene befruchteten obige Verbandsgründungen auch ihr nahestehende Parteibildungen und umgekehrt. Es entstanden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf Arbeitgeberseite die Aargauische Handelskammer, heute AIHK;[41] der Aargauische Gewerbeverband; auf Arbeitnehmerseite der Aargauische Gewerkschaftsbund,[42] in neuerer Zeit die Dachorganisation arbeit Aargau; sodann der Bauernverband Aargau und entsprechende Minderheits-, Spezial- und Branchenorganisationen.

Als die Bauern sich selbständig machten: Von der Bauern- und Bürgerpartei zur BGB und SVP

Die Anstrengungen der Bauernsame zur eigenen Interessenwahrnehmung, organisatorisch losgelöst vom Freisinn, begannen 1917/18. Sie vertraten neben den Interessen der Bauernschaft und des Gewerbes «allmählich auch den werktätigen Mittelstand» und ein «liberalkonservatives, nicht liberalprogressives Gedankengut», wie es Ex-Nationalrat Christoph Mörgeli im gehaltvollen Zentenar-Jubiläumsband umschreibt. Interessant ist auch seine Deutung des «Erfolgs Blocher»: «Er liegt darin, dass er [Blocher, Red.] in seiner Person den Bauern, den Bürger und den Unternehmer verkörpert.»[43] Im Geleitwort orakelt sodann SVP-Übervater Christoph Blocher, seine Partei werde im Gegensatz zur FDP als «glaubwürdiger Gegenpol zur Linken wahrgenommen». Früher gab es in der SVP noch den gemässigt-pragmatischen Flügel, zu dem in Bundesbern der Bündner Bundesrat Leon Schlumpf oder der Thurgauer Eisenbahnbauer Peter Spuhler zählten.

Im Aargau neigten etwa Kantonalpräsident Ernst Weiss, Ständerat Maximilian Reimann und Regierungsrat Ueli Siegrist zu diesem Flügel. Dieser brach mit dem forcierten Tempo im Hoch- und Tiefbau seines SVP-Vorgängers Jörg Ursprung

und setzte neue ökologische Akzente. Das Baudepartement erhielt folgerichtig die Bezeichnung Bau, Verkehr und Umwelt.[44] Siegrists Nachfolger im BVU, die Freisinnigen Thomas Pfisterer, Peter C. Beyeler und der seit 2013 amtierende Stephan Attiger, setzten diesen Kurs ebenso engagiert fort, Attiger mit Schwerpunkten im öffentlichen Verkehr, in der Behebung von Infrastruktur-Engpässen und mit einer neuen Energiestrategie, die auch die mittelfristige Abkehr von der Atomenergie beinhaltet. Als erstem Gesundheitsdirektor gelang Ernst Hasler die Schliessung eines der (zu) vielen Regionalspitäler. Die seit 2017 amtierende, erst dritte Regierungsrätin seit Einführung des Frauenstimmrechts im Jahre 1971, Franziska Roth, wird dem Kostenschub im Gesundheitswesen kaum tatenlos zusehen und sich der Spitalpolitik zuwenden müssen. Zudem hinterliess ihr die Vorgängerin die geplante Schaffung von Asylzentren. Roth verhalf der SVP zum zweiten Mal in ihrer Geschichte zu einer Doppelvertretung im Regierungsrat, nachdem sie Ende 2016 gegen eine SP-, Grünen- und BDP-Kandidatur obenausschwang. Fast ebenso spannend wie die Parteienauswahl und bei der Wahl oft mitentscheidend ist im «Kanton der Regionen» die Frage, aus welchem Kantonsteil die Mitglieder des Regierungsrats stammen.

Aus welchen Regionen und Bezirken kommen die 29 Regierungsräte seit 1945?

Die Zusammensetzung des amtierenden Regierungsrats 2017–2021 wird dem Kanton der Regionen, mit elf Bezirken und vier historischen Kantonsteilen, nur einigermassen gerecht. Es pendelt täglich ein Fricktaler über die Jurahöhen (Hürzeler), zwei Regierungsräte stammen aus dem bevölkerungsreichsten Bezirk Baden (Attiger und Dieth), die einzige Frau war Gerichtspräsidentin in Brugg (Roth) und ein Regierungsrat wohnt in Aarau (Hofmann). Wir wollen alle 29 Regierungsräte der jüngeren Zeit nach Bezirken aufzeigen. Ein Phänomen stellt dabei die Dominanz des Bezirks Aarau dar. Erklärungsgrund könnte sein, dass sowohl FDP wie SP hier über ein grösseres Potenzial an möglichen Kandidaten verfügen. Der Sog der Kantonshauptstadt könnte mitspielen, oder einfach auch der Zufall. Wenig überraschend stammen aus den kleineren, ländlichen Bezirken nur wenig Regierungsratsmitglieder, jene aus städtischen Bezirken sind zahlreicher. Weit wichtiger dürften die Kompetenz und die Bekanntheit der Kandidaturen ins Gewicht fallen. Auch wird die Herkunft stark relativiert durch die Tatsache, dass ein Regierungsmitglied sich zur Hauptsache für den gesamten Kanton einsetzen muss und regionale Rücksichten im Gesamtinteresse zu gewichten sind. Seit dem Zweiten Weltkrieg präsentiert sich die Bezirksbilanz wie folgt:[45]

9 von Aarau: Ernst Bachmann, FDP; Kurt Kim, FDP; Arthur Schmid, SP; Bruno Hunziker, FDP; Jörg Ursprung, SVP; Kurt Lareida, FDP; Thomas Pfisterer, FDP; Silvio Bircher, SP; Urs Hofmann, SP

5 von Baden: Louis Lang, SP; Victor Rickenbach, FDP; Peter Beyeler, FDP; Stephan Attiger, FDP; Markus Dieth, CVP

je 3 von Bremgarten: Paul Hausherr, Peter Wertli, Rainer Huber, alle CVP; von

Brugg: Ernst Schwarz, SVP; Kurt Wernli, parteilos; Franziska Roth, SVP; von Zofingen: Adolf Richner, SP; Ernst Hasler, SVP; Susanne Hochuli GP
2 von Rheinfelden: Stéphanie Mörikofer, FDP; Roland Brogli, CVP
je 1 von Zurzach: Hans-Jörg Huber, CVP; von Lenzburg: Ulrich Siegrist, SVP; von Laufenburg: Alex Hürzeler, SVP; von Muri: Leo Weber, CVP
0 von Kulm.

Ganz grob gesehen fällt auf, dass FDP- und SP-Regierungsräte eher aus städtischen, SVP- und CVP-Vertretungen vorwiegend aus ländlichen Bezirken stammen.

Höhenflüge und Tiefschläge für die SVP mit Jungbauern- und Ständerats-Episode

Zurück zur BGB/SVP: Diese gründete als letzte der vier grossen Parteien 1936 eine gesamtschweizerische Partei. Im Aargau gewann sie bei der ersten Proporzwahl für den Nationalrat auf Anhieb drei der zwölf Sitze – gleich viele wie die FDP, KK und SP (vgl. die Wahltabellen). Im gleichen Jahr obsiegte im Kampf um den freien dritten Regierungssitz der FDP ihr Bauernvertreter Albert Studler über den SP-Kandidaten Karl Killer. 1920 erfolgte die gänzliche Loslösung von der FDP und die Gründung der BGB-Kantonalpartei unter Anwesenheit der drei Nationalräte Roman Abt, Richard Zschokke und Jakob Baumann.[46] Schon bei der ersten Grossrats-Proporzwahl 1921 überflügelte die Bauern- und Bürgerpartei mit 46 Sitzen die Freisinnigen mit 43 Grossräten. Erst mit der neu am Horizont aufsteigenden «Jungbauern-Heimatbewegung» unter Führung des Berner Nationalrats Hans Müller geriet die Partei in leichte Turbulenzen. 1935 zog für vier Jahre auf Kosten der Mutterpartei ein Jungbauer in den Nationalrat, und ab 1937 verlor die BGB auch im Grossen Rat etwa gleich viel, wie die Jungbauern gewannen. Erst Mitte der 1950er-Jahre erlosch der Traum einer reformorientierten, gegen die politische Mitte tendierenden jungen Bauernpartei.[47] Mitte der 1980er-Jahre begann der kontinuierliche Aufstieg der SVP von 15 auf weit über 30 Wählerprozente, von 2 auf heute 7 von insgesamt 16 Aargauer Nationalratssitzen, und mit 45 von insgesamt 140 Grossratssitzen. Als einer der beiden Polblöcke – links SP/Grüne – profitiert die SVP davon, dass sie rechts alle früheren Gruppierungen aufsaugen konnte. Ihre Positionen sind klar, oft provokativ zugespitzt – so in der Europa- und Ausländer- wie Asylpolitik –, während die Mitteparteien oft schwer fassbar argumentieren. Rudolf Ursprung weist in der 70-Jahre-Schrift von 1990 auch auf die breite Verankerung der Partei in den Gemeinden, bei Gewerbe und Angestellten hin, was mit zu ihren Wahlerfolgen und zur schlagkräftigen Parteiorganisation beitrage.[48] Seit 1999 ist die SVP die wählerstärkste Partei im Bund – letztmals mit 29,4 Prozent, im Aargau waren es rekordverdächtige 38 Prozent. Akzeptanzprobleme hat sie dennoch in den Städten und bei Majorzwahlen. So müssen Ständerats-Kandidaturen mehrheitsfähig sein. Sind diese auf «Blocher-Kurs», wie es in den Medien jeweils heisst, erhalten sie oft zu wenig Zusatzstimmen. Die SVP verlor ihren einzigen, 1995–2011 vom konzilianten Maximilian Reimann gehaltenen Ständeratssitz, als ihr Kampfkandidat Ueli Giezendanner gegenüber

den beiden eigenständig politisierenden Christine Egerszegi und Pascale Bruderer unterlag. Womit erstmals in der Geschichte FDP und SP die beiden wichtigen Aargauer Ständesitze halten, denn 2015 machte FDP-Parteipräsident Philipp Müller zusammen mit Bruderer, die beide in ihrer letzten Amtsperiode stecken, das Rennen. Bürgerliche Allianzen haben seit Ende der 1990er-Jahre ausgespielt, seit fast alle Parteien mit Nationalratslisten sich am Ständerats-Wahlzirkus beteiligen.

Bundesrat: Nach der Freisinn-Dominanz die Zauberformel

Relativ lange dauerte es auch, bis der BGB Einlass im Bundesrat gewährt wurde. Vom Beginn des Bundesstaats 1848 bis 1891 sassen ausschliesslich Vertreter der verschiedenen Strömungen des Freisinns in der Landesregierung. Die KK/CVP erlangte ihren ersten Sitz 1891, den zweiten 1919. Die BGB/SVP wurde 1929 regierungsfähig. Nach vergeblichen Anläufen – nach ihrem Bekenntnis zur Landesverteidigung und dem Friedensabkommen in der Metallindustrie – zog 1943 die SP mit Ernst Nobs, 1959 erstmals mit zwei Vertretern, Tschudi und Spühler, in den Bundesrat. Lange Zeit war die BGB/SVP nur viertgrösste Regierungspartei. Es war dann die CVP, welche auf eine historisch zu nennende Gleichstellung der drei grössten Parteien und auf die sogenannte Zauberformel hinarbeitete. Danach lautete der bis 2003 gültige Schlüssel: je 2 FDP/CVP/SP und 1 SVP. Diese stellte mit dem «Vater der Anbauschlacht» im Zweiten Weltkrieg, Friedrich Traugott Wahlen, von 1958 bis 1965 einen schweizweit angesehenen Aussenminister. An die Popularität des ersten BGB-Bundesrats, Ruedi Minger, konnte ab 1988 auch Adolf Ogi, Militärminister «contre coeur»,[49] anknüpfen. Er brachte zwar vorgängig als Verkehrschef den Lötschberg-Basistunnel gegen den Widerstand von SP-Finanzminister Otto Stich durch, strebte aber erfolglos das Aussenministerium an. Dieses blieb während Jahrzehnten eine Domäne der beiden europäisch gut vernetzten Parteien SP – mit Spühler, Graber, Aubert, Felber, Calmy-Rey – und der CVP mit Motta, Cotti und Deiss. Erst in jüngster Zeit schielte auch die FDP mit dem unglücklich operierenden Burkhalter und dem seit 2017 ohne Scheuklappen wirkenden Tessiner Ignazio Cassis auf die attraktiver gewordene Aussenpolitik.

Die SVP erstmals mit zwei Bundesräten – mit kurzem BDP-Unterbruch

Die SVP erhob schon 1999, dann erneut 2003 unter Hinweis auf die Wählerstärke und das Konkordanzprinzip mit aller Vehemenz Anspruch auf den zweiten Sitz im Bundesrat. Mitte-Links sperrte sich dagegen wegen «mangelnder Regierungstreue». Nach der ersten Proporzwahl 1919 wurde mit demselben Vorwurf der Linken der Eintritt in den Bundesrat bis in die Weltkriegs-Jahre verwehrt. Seit 1959 aber hat die SP zwei Sitze sicher, trotz Distanzierung von Regierungsentscheiden wie etwa zu Militär- oder Steuerfragen. Für die SVP hatte seit den 1980er-Jahren der Unternehmer und Vollblutpolitiker Christoph Blocher mit dem politischen Credo «Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit» das Steuer übernommen. Er trat beide Male gegen die

CVP-«Übervertretung» an – und holte 2003 den Sitz von Ruth Metzler mit 121 zu 116 Stimmen für die SVP. 2007 erfolgte die Retourkutsche: CVP- und SP-Kreise gewannen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Bundesratstochter und SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf als Sprengkandidatin, und Christoph Blocher verlor. Heute besteht mit Ueli Maurer und Guy Parmelin erneut eine SVP-Zweiervertretung. Die alte 2-2-2-1-Zauberformel steht wieder, mit Sitzabtausch zwischen CVP und SVP. Um die 2015 zurückgetretene Bundesrätin Widmer-Schlumpf bildete sich ab 2008 die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die mit ihren sieben Nationalräten und 3,3 Wählerprozenten[50] nur schwer neben den anderen Mitteparteien zu bestehen vermag. Denn die Mitte zwischen den beiden Polparteien ist schon schmal genug. Die BDP Aargau stellt nur vier Grossratsvertreter, aber einen Nationalrat. Etwas abschätzig schrieb die politische Konkurrenz gerne von der BDP als «Eveline-Widmer-Wählerverein», deren Existenzberechtigung mit dem Verlust des Bundesratssitzes in Frage gestellt sei. Verhandlungen mit der CVP zu einer Fusion oder auch nur Zweckgemeinschaft scheiterten.

Wählerschwund bei der CVP, erstes CVP-Regierungsrats-Duo und viele Abwahlen

Wir begegneten den Katholisch-Konservativen oben, wie sie sich mit der SP erfolgreich für die Einführung des gerechteren Grossrats-Wahlproporzes im Jahr 1921 einsetzten. Danach konnten sie erstmals im überwiegend reformierten Westaargau Fuss fassen. Sie wurden mehrmals im 20. Jahrhundert bei Wahlen stärkste bürgerliche Partei. Und wir trafen auf ihre regelmässige Einervertretung im Regierungsrat, die bis heute andauert – und nur von 2001 bis 2009 vom CVP-Duo Roland Brogli und Rainer Huber zum Erstaunen vieler abgelöst wurde. Dazu brauchte es die unerwartete Nicht-Wiederwahl der ersten weiblichen Regierungsrätin Stéphanie Mörikofer (FDP). Nach ihr folgte als Siebtplatzierte die SP-Kampfkandidatin Barbara Roth. Es galt die neue, erstmalige Formel 2 CVP/1 FDP/1 SVP/1 parteilos. Doch nach acht Jahren war die CVP-Dominanz zu Ende. Es gab die zweite Abwahl in der Regierungsrats-Geschichte: Rainer Huber zahlte den Tribut für seine für den Aargau wohl zu schnellen Bildungsreformen ... Zahlreicher waren Abwahlen in der Nationalrats-Geschichte der letzten 20 Jahre: So wurden Hans Zbinden und Agnes Weber bei der SP, Esther Egger und Peter Bircher bei der CVP, Ueli Fischer bei der FDP, Hansueli Mathys bei der SVP und Kathrin Kuhn bei den Grünen nicht wiedergewählt. 2009 zogen drei Neue in die Regierung: Urs Hofmann holte nach dem Rücktritt des parteilosen Kurt Wernli den SP-Sitz zurück, Alex Hürzeler rettete den SVP-Sitz und Susanne Hochuli wurde als zweite Frau und erste Grüne gewählt. Und erneut zum ersten Mal in seiner Geschichte erhielt der Aargau ab 2009 eine 5-Parteien-Multicolor-Regierung mit CVP/FDP/SP/SVP/GP.

Die CVP stellte 1933 mit Hans Fricker erstmals einen Ständerat – bei damaliger Wählerstärke von 22 Prozent. Dieses Mandat konnte sie in bürgerlicher Allianz mit der FDP mit den Schwergewichten Xaver Stöckli, Robert Reimann, Julius Binder

und Hans Jörg Huber bis 1995 halten. Dann fiel es an die SVP.[51] In anderen Kantonen, so in der Inner- und Ostschweiz, verteidigte die CVP hingegen erfolgreich ihre Ständeratsmandate und blieb bis heute in der kleinen Kammer die dominierende Kraft. Im Aargau erreichte sie 1979/1983 zum letzten Mal vier Nationalratssitze und mit rund 22 Prozent ihren höchsten Wähleranteil. Darauf verlief der Trend kontinuierlich abwärts – auf zwei Sitze und 2011/2015 auf eine Nationalrätin bei noch 8,6 Prozent Wahlanteil. Damit rückt die Traditionspartei in gefährliche Nähe zu den beiden Nicht-Regierungsparteien GP mit 5,5 und GLP mit 5,2 Prozent. Die Schweiz-Resultate zum Vergleich: CVP 11,6 GP 7,1 und GLP 4,6 Prozent. Ähnlich entwickelte sich die Wahlstärke im Grossen Rat. Auch hier zeigt die Wahltabelle für den Aargau nach 1921 Wähleranteile stets über 20 Prozent mit dem Spitzenjahr 1981. Dann folgt der Rückgang ab 1993 auf unter 20 Prozent, Grossratswahl 2016 noch 12,1 Prozent – die Grünen lagen bei 7,1 und die GLP bei 5,3 Prozent, die Evangelische Volkspartei EVP bei 4 Prozent.

Polparteien rechts und links, liberales Lager und die Mitte der Mitte

Wo liegen die Gründe für diesen Rückgang? In der 100-Jahre-CVP-Festschrift wird Alt-Ständerat Julius Binder zitiert, der seine Partei in einer Rede schon 1984 mahnte, «ihre Repräsentanten in Bund und Kantonen seien etwas brav, mittelmässig und lau geworden …». Auf der Suche nach neuer Wählerschaft wollte die CVP Aargau schon 1973 «… weg von den dunklen Punkten in unserer Geschichte» (gemeint waren die Kulturkämpfe), und die Mutterpartei verkündete eine «Politik der dynamischen Mitte».[52] Die CVP versuchte auch immer wieder, den bäuerlichen und den christlichsozialen Flügel zu stärken. Christlichsoziale gewannen zum Beispiel in den 1940er-Jahren auch eigene Mandate. Oder Exponenten der beiden Flügel gelangten auf der CVP-Liste in den Nationalrat.[53] Unser Fazit lautet: Die politische Landschaft hat sich zu Ungunsten der CVP verändert. Die Polparteien beherrschen das Feld: die Nationalkonservativen unter Führung der SVP auf der rechten, die Rot-Grünen auf der linken Seite. Beide beherrschen das Spiel, sowohl Regierungspartei wie auch – mit Volksinitiativen und Referenden – Opposition zu spielen. Rechts der Mitte ringt mit einer seit 2011 wiedererstarkten FDP das liberale Lager um Einfluss und Wählergewinne. Die CVP verliert in ihren katholischen Stammlanden an die SVP, weil der ländlichen Bevölkerung deren Positionen in der Ausländer- und Europapolitik sowie ihr bäuerlicher Hintergrund besser passen. Wechselwähler ausserhalb des katholischen Wählerpotenzials sind schwierig zu gewinnen. In den Agglomerationen und urbanen Zentren wiederum mag der Zeitgeist, die Auflösung des katholischen Milieus oder der Begriff «christlich» das Problem bilden. Den Städtern ist die CVP zu wertkonservativ, zu wenig liberal und sozial – Rot-Grün oder FDP-Liberale werden bevorzugt. Die Mitte der Mitte ist weniger gefragt. Im Aargau weist Dieter Wicki in seinem Werk über den Grossen Rat 1803 bis 2003 auf das «Charakteristikum» hin, dass von den vier grossen Parteien die CVP in den «katholisch geprägten Bezirken»,

die SVP in den «reformierten, ländlichen Gegenden des Berner Aargaus» und SP wie FDP in den «stärker gewerblich und industriell geprägten Gegenden» konzentriert war.[54] Den anderen Parteien gelang es in der Folge besser, gesamtkantonal Fuss zu fassen, während bis heute die meisten führenden CVP-National- und Regierungsräte dem Ostaargau, besonders dem Freiamt, entstammen.

Fünf Aargauer Bundesräte: vier Freisinnige, eine CVP-Vertreterin

So auch die seit 2006 amtierende CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, wohnhaft im Bezirk Muri. Als amtsältestes Regierungsmitglied hat sie (fast) alles erlebt: so die historische Energiewende, die Endphase des Duells zwischen den beiden Antipoden Couchepin und Blocher im Bundesrat 2007, die im Bundesstaat auch ohne Quote erstmalige Frauenmehrheit im Bundesrat 2010/11, das Herumreissen des Steuers in der Klimapolitik, den schlingernden Europapolitik-Kurs. Das Polittalent Leuthard wird von den Medien immer wieder als «beliebteste Politikerin des Landes» bezeichnet, sehr zum Ärger der anderen Frauen im Bundesrat. Nach einer steilen Karriere als Gross- und Nationalrätin und CVP-Parteipräsidentin wurde sie Nachfolgerin des plötzlich unter Druck geratenen, für die Partei zu wenig telegenen Bundesrats Joseph Deiss. Dann der grosse Coup: Sie initiierte – was ihr Departamentsvorgänger, der Sozialdemokrat Leuenberger, noch nicht wagte – den Ausstieg aus der Atomenergie. Nach der Atomkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 folgte am 25. Mai der mit vier zu drei Stimmen knappe Entscheid des Bundesrats, nachvollzogen von den beiden Parlamentskammern. In der Zwischenzeit steht die Energiestrategie 2050, welche unter anderem Investitionen in erneuerbare Energien und den «Atomausstieg in Raten» vorsieht. Leuthard bewährt sich als pragmatische Zentrumspolitikerin, in Wirtschaftsfragen oft stramm auf bürgerlicher Seite, aber mit Sinn und Gespür für Neuerungen. Als amtsältestes Bundesratsmitglied hat sie in der bis Ende 2019 laufenden Amtsperiode den Rücktritt angekündigt. Doris Leuthard ist leuchtendes Beispiel dafür, wie sich ein Mitglied der Landesregierung zwar für die Gesamtinteressen der Schweiz engagiert, aber doch seine Wurzeln im eigenen Kanton behält und regelmässig «heimkehrt».

Diese Wurzeln teilt sie mit den drei waschechten Aargauer Landesvätern Friedrich Frey-Herosé (im Amt 1848–1866), Emil Welti (1867–1891) und Edmund Schulthess (1912–1935). Diese drei Freisinnigen zeigen, wie stark der Aargau und die FDP jahrzehntelang in der Leitung des Bundesstaates engagiert waren.

Hans Schaffner (1961–1969), mit Berner Wohnsitz, wäre nach heute gültiger Regelung Berner Bundesrat. Aber 1961 galt noch das Heimatortsprinzip, bei Schaffner Gränichen, weshalb er als Aargauer erfasst wird und es im Wynentaler Dorf die «Bundesrat-Schaffner-Torte» gibt. Schaffner strebte nie nach Beliebtheit und war schon als Handelsattaché FDP-Sprengkandidat gegen Hans-Peter Tschudi, als 1959 die SP zwei Bundesräte erhielt. Dann bestach er als unzimperlicher, dossierfester Debattierer, wie es nur ein Berufsdiplomat ohne Parlamentserfahrung sein konnte.

Als Freisinniger führte er die Schweiz an der EWG vorbei in die EFTA. Nach seinem Rücktritt wurde er als Verwaltungsratspräsident der Weltfirma BBC gewählt, aber nach heftiger Kritik aus Badener BBC-Angestelltenkreisen und in der Öffentlichkeit verzichtete er auf das Amt.

Friedrich Frey-Herosé leitete in Aarau den Familien-Fabrikbetrieb, bevor er sich dem Militär zuwandte und 1847 im Sonderbundskrieg an der Seite von Henri Dufour Generalstabschef wurde. Die rücksichtsvolle Kriegführung der beiden prädestinierte Frey zur Wahl in den ersten, rein freisinnigen Bundesrat, wo er eine engagierte Handelspolitik entwickelte.[55] Doch der ehrgeizige Mit-Freisinnige und Mit-Aargauer Emil Welti bedrängte ihn zunehmend – 1863 schaffte der feinfühlige Frey gegen Welti nur knapp mit 84 gegen 79 Stimmen die Wiederwahl! 1866 machte er, geschwächt im eigenen Lager, Ständerat Emil Welti Platz.

Die Aargauer konnten zufrieden sein, blieben sie doch nahtlos weitere 24 Jahre im Bundesrat vertreten. Welti gelang eine Armeereform, er forcierte das Gotthardbahnprojekt und als Zentralist den Rückkauf von Privatbahnen. Doch in der Referendumsabstimmung sagte das Volk 1891 deutlich Nein. Tags darauf trat ein zwar mächtiger Politiker, aber schlechter Verlierer subito zurück. Schatten auf Weltis letzte Lebensphase warf der Suizid von Lydia Welti-Escher, Frau seines Sohnes und Tochter des berühmten Zürcher Wirtschaftspioniers Alfred Escher. Seine Schwiegertochter führte ein Verhältnis mit einem Kunstmaler, worauf Welti diesen verhaften liess und Lydia ins Irrenhaus brachte.[56] Die politisch turbulente Zeit des fünften Aargauer Bundesrats Edmund Schulthess, dem in schweren Zeiten Niederlagen ebenfalls nicht erspart blieben, haben wir oben dargestellt. Etwas muss man den fünf Aargauer Bundesrats-Mitgliedern lassen: Ihre Amtszeiten in Bern verliefen spannend und ereignisreich![57]

Nationalrat 1919 bis 2015: Parteistimmen in Prozent

Wahljahr	BGB/SVP*	SP	FDP	KK/CVP	Grüne	glp	EVP	BDP	NA/SD	AP/FP	LdU	Übrige
1919	20	28	25	24			0					3
1922	24	30	20	23			2					1
1925	22	35	20	23			0					0
1928	21	37	20	22			0					0
1931	22	35	20	22			0					1
1935	21	36	17	22			4					0
1939	20	34	16	22			0				4	4
1943	20	36	19	21			0				4	0
1947	16	36	19	22			5				0	2
1951	16	33	19	23			3				6	0
1955	15	35	19	23			2				7	0
1959	15	31	19	23			3				7	2
1963	14	31	20	23			3				5	4
1967	14	28	15	20			3				12	7
1971	12	24	16	20			4		9		9	5
1975	13	24	18	21			5		10		7	3
1979	14	28	21	22			5		4		6	1
1983	14	27	20	21			5		4		6	2
1987	16	18	20	19	7		3		5		5	7
1991	18	17	16	14	7		3		5	14	4	2
1995	20	19	16	14	5		3		5	11	3	3
1999	32	19	17	16	4		4		3	1	2	2
2003	35	21	15	16	6		5		2	0	0	0
2007	36	18	14	14	8		4		1	0	0	5
2011	35	18	11	11	7	6	3	6	0	0	0	3
2015	38	16	15	9	6	5	3	5	0	0	0	3

Quelle: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen 1803–1853. Aargau 1954, sowie Staatskanzlei/Staatsarchiv.
*1935–1943 mit Jungbauern

Nationalrat: Mandate 1919 bis 2015

Wahljahr	Total	BGB/SVP*	SP	FDP	KK/CVP	EVP	LdU	Grüne	glp	BDP	NA/SD	AP/FP	Übrige
1919	12	3	3	3	3								
1922	12	3	4	2	3								
1925	12	3	4	2	3								
1928	12	3	4	2	3								
1931	12	3	4	2	3								
1935	12	3	4	2	3								
1939	12	2	5	2	3								
1943	12	2	5	2	3								
1947	12	2	4	3	3								
1951	13	2	4	3	4								
1955	13	2	4	3	3		1						
1959	13	2	4	3	3		1						
1963	13	2	4	3	3		1						
1967	13	2	4	2	3		2						
1971	14	2	3	3	3		2				1		
1975	14	2	4	3	3		1				1		
1979	14	2	4	3	4		1						
1983	14	2	4	3	4		1						
1987	14	3	3	3	3		1	1					
1991	14	3	2	3	2		1	1				2	
1995	15	3	3	3	2		1	1				2	
1999	15	5	3	3	3	1							
2003	15	6	3	2	2	1		1					
2007	15	6	3	2	3			1					
2011	15	6	3	2	1			1	1	1			
2015	16	7	2	3	1			1	1	1			

Quelle: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen 1803–1853. Aargau 1954, sowie Staatskanzlei/Staatsarchiv.
*1935 Jungbauern (1 Sitz)

Grossratswahlen 1921 bis 2017: Parteistimmen in Prozent

Wahljahr	BGB/SVP*	SP	FDP	KK/CVP	LdU	Grüne	glp	EVP	BDP	NA/SD	AP/FP	Übrige
1921	23	26	21	23				1				6
1925	23	29	24	22				2				0
1929	22	31	21	23				3				0
1933	21	32	20	23				4				0
1937	21	32	18	22	2			3				2
1941	22	30	17	22	5			3				1
1945	18	34	17	22	3			3				3
1949	17	33	20	23	4			2				1
1953	17	33	20	23	4			3				0
1957	15	33	20	23	5			3				1
1961	15	31	21	22	4			3				4
1965	15	30	21	22	4			3				5
1969	15	27	18	22	7			3				8
1973	15	22	19	24	5			5		7		3
1977	15	25	21	23	5			5		6		0
1981	17	24	22	25	4			6		2		0
1985	16	21	24	23	4	5		4		3		0
1989	16	18	20	21	3	6		5		3	7	1
1993	17	20	20	18	3	4		5		3	9	1
1997	22	22	20	17	1	4		4		3	5	2
2001	34	19	19	15	0	4		5		2	2	0
2005	30	20	17	18	0	7		6		1	0	1
2009	32	16	14	15	0	9	4	5	3	1	0	1
2013	32	15	15	13	0	7	6	4	4	1	0	3
2017	32	19	16	12	0	7	5	4	3	0	0	2

Quelle: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen 1803–1853. Aargau 1954, sowie Staatskanzlei/Staatsarchiv.
*1937–1953 mit Jungbauern

Grossratswahlen 1921 bis 2017: Mandate

Jahr	Total	BGB/SVP*	SP	FDP	KK/CVP	EVP	LdU	Grüne	glp	BDP	NA/SD	AP/FP	Übrige
1921	200	46	51	43	47	2							11
1925	200	47	60	44	46	3							0
1929	200	43	62	41	49	5							0
1933	215	46	68	43	52	6							0
1937	186	38	62	32	44	5	3						2
1941	186	39	58	34	43	2	8						2
1945	193	37	67	37	43	3	4						2
1949	193	34	62	40	46	3	7						1
1953	200	32	65	42	49	4	8						0
1957	200	29	66	39	50	5	9						2
1961	200	28	64	41	47	5	8						7
1965	200	30	61	43	46	5	7						8
1969	200	30	57	40	47	4	12						10
1973	200	30	46	41	54	8	9				10	0	2
1977	200	29	51	46	45	8	11				10	0	0
1981	200	34	51	48	50	10	7				0	0	0
1985	200	32	44	52	48	9	6	5			3	0	1
1989	200	34	37	45	42	9	6	11			3	12	1
1993	200	36	44	41	35	8	5	7			3	19	2
1997	200	47	48	40	37	8	2	6			7	4	1
2001	200	72	36	40	32	8	0	7			4	1	0
2005	140	46	30	24	26	7	0	7			0	0	0
2009	140	45	22	20	21	6	0	13	5	4	2	0	2
2013	140	45	22	22	19	6	0	10	8	6	0	0	2
2017	140	45	27	22	17	6	0	10	7	4	0	0	2

Quelle: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen 1803–1853. Aargau 1954, sowie Staatskanzlei/Staatsarchiv.
*1937–1953 mit Jungbauern (2–8 Sitze)

Anmerkungen

[1] Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz. Bern 1969; überarbeitete Auflage 1977, S. 11 ff.

[2] So insbesondere Ladner, Andreas; Brändle, Michael: Die Schweizer Parteien im Wandel. Zürich 2001.

[3] Bircher, Silvio: Wahlkarussell Bundeshaus – Umstrittene Bundesratswahlen und Schweizer Politik. Baden/München 2007, insb. S. 17 ff.

[4] Maissen, Thomas: Geschichte der Schweiz. Baden 2010; überarbeitete Auflage 2015, S. 240 ff.

[5] Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918. Zürich 1968. Neben diesem Standardwerk verweisen wir auf die 2018 erschienenen, teils kontroversen Publikationen.

[6] Vgl. Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953, 3. Band. Baden 1978, Kap. Der Weiterausbau der Volksrechte, S. 49 ff.

[7] Aargauer Zeitung AZ vom 24.10.2016.

[8] Referendumsvorlagen und Volksinitiativen von 1848–1974. Bundeskanzlei Bern 1974, S. 121.

[9] Vgl. Gruner, Parteien, S. 186 ff.

[10] Nobs, Ernst: Die erzieherische Bedeutung der politischen Parteien. Zürich 1937. Enthält Lehrreiches zu unserem Hauptthema. Nobs war Lehrer, «Volksrecht»-Chefredaktor, Regierungs- und Nationalrat.

[11] Neue Zürcher Zeitung NZZ vom 20.10.2015, S. 19–21.

[12] Neue Bundesverfassung BV von 1999, Art. 147; Neue Kantonsverfassung KV von 1980, § 66.

[13] Siehe dazu Schweizerisches Zivilgesetzbuch ZGB, Art. 60–79.

[14] BV Art. 137 und KV § 67.

[15] Blickpunkt Aargau, Staatskanzlei. Aarau 2018, S. 20 f. Grossratsmitglieder erhalten für ihr Milizmandat eine Jahrespauschale von 4000 Franken und pro Sitzung 150 Franken.

[16] Nach Ablehnung der «No Billag»-Volksinitiative am 4.3.2018 wird eine Revision des Radio- und Fernsehgesetzes diese Thematik wieder aufnehmen, vgl. NZZ vom 5.3.2018, S. 11.

[17] Staehelin, Heinrich: Geschichte des Kantons Aargau 1830–1885, 2. Band. Baden 1978, insb. Kap. Die Krise des aargauischen Staatswesens 1840/41, S. 79 ff.

[18] Meier, Bruno; Sauerländer, Dominik: Industriebild Aargau. Baden 2003, insb. Kap. Mechanisierung und mächtige Fabriken, S. 24 ff. 1862 entstand ein kantonales, 1877 das eidg. Fabrikgesetz mit Verbot der Kinderarbeit.

[19] Detaillierte Angaben zur Gründungszeit bei Gautschi, Geschichte Aargau, S. 78 ff.; Schmid, Arthur sen.: 50 Jahre Freier Aargauer, Aarau 1956; Bircher, Silvio: 70 Jahre Freier Aargauer, Aarau 1976.

[20] Gautschi, Geschichte Aargau, S. 324 ff. Facettenreiches Porträt durch Heller, Daniel: Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker. Zürich 1988.

[21] Vgl. Maissen, Geschichte Schweiz, S. 254 ff.; Mäder, Ueli: 1968 – was bleibt? Zürich 2018, mit ca. 100 Interviews.

[22] Cohn-Bendit, Daniel: Forget 68. Entretiens avec Stéphane Paoli et Jean Viard. La Tour d'Aigues 2008.

[23] Bircher, Wahlkarussell, S. 17 ff. mit Schilderung aller umstrittenen Bundesratswahlen der jüngsten Geschichte.

[24] Detaillierte Angaben zur Gründungszeit bei Gautschi, Geschichte Aargau, S. 69 ff.

[25] Müller, Andreas: Geschichte der politischen Presse im Aargau. Das 20. Jahrhundert. Aarau 2002, S. 47 ff.

[26] Gespräch des Verfassers mit früherem AT-Chefredaktor Kurt Lareida. Ders.: 100 Jahre Aargauer Freisinn. Aarau 1996.

[27] Die Aargauer Bundesräte Frey-Herosé, Welti, Schaffner und Doris Leuthard sind weiter unten skizziert.

[28] Siehe Böschenstein, Hermann: Bundesrat Edmund Schulthess, Krieg und Krisen. Bern 1966.

[29] 100 Jahre Aargauische Kantonalbank 1913–2013. Aarau 2013, S. 87 ff.

[30] Schneider, Steven: Als dem Aargau ein Licht aufging. Ein Jahrhundert unter Strom. Aarau/Baden 2016, insb. Kap. 1.

[31] Zeller, René: Erfolg auf leisen Sohlen. Weltwoche Nr. 15 vom 12.4.2018.

[32] Interview in Sonntags-Zeitung vom 27.5.2018.

[33] Müller, Andreas: Bienenfleiss und Wespenstich – 63 Jahre politisches Wächteramt im Aargau. Gontenschwil 2001, S. 53.

[34] Binder, Julius: Die Katholisch-Konservative Volkspartei des Kantons Aargau. In: Erbe und Auftrag. Baden 1953, S. 221 ff.

[35] 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen 1803–1953. Aarau 1954. Ab S. 153 ff. sind alle Regierungsräte seit Kantonsgründung 1803 bis 1953 aufgeführt. Viele von ihnen, vor allem auch nach 1953 Gewählte, sind in diese Parteiengeschichte eingeflossen.

[36] Seiler, Christophe; Steigmeier, Andreas: Geschichte des Aargaus. Aarau, 1991, 2. Auflage 1998, insb. Kap. Konfessionelle Kämpfe – am Rande des Bürgerkriegs, S. 113 ff.

[37] Die Departements-Aufgabengebiete sind oft umgeteilt worden, was eine genaue Abgrenzung verunmöglicht.

[38] Tageszeitung Freier Aargauer (Parteiblatt der Sozialdemokraten) vom 7.1.1929.

[39] Tageszeitung Aargauer Volksblatt (Parteiblatt der Katholisch-Konservativen) vom 18.2.1929.

[40] Uwe Serdült vom Zentrum für Demokratie der Uni Zürich in Aarau, NZZ vom 11.4.2018, S. 15.

[41] Vgl. die umfangreichen, gut dokumentierten Jahresberichte der AIHK, seit 1918.

[42] Vgl. dazu die wertvolle Arbeit von Wyler, Rebecca; Voellmin, Andrea; Giger, Marcel: Die Archive der Aargauer Arbeiterbewegung sind im Staatsarchiv zugänglich. In: Argovia 2011, Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau, Bd. 123, S. 211 ff.

[43] Mörgeli, Christoph: Bauern Bürger Bundesräte, 1917–2017. Hundert Jahre Zürcher SVP. Zürich 2017, S. 16 f.; Somm, Markus: Christoph Blocher, der konservative Revolutionär. Herisau 2009.

[44] Bircher, Silvio: Nah am Zeitgeschehen. Zofingen 2014, Kap. Der Aargau im Ringen mit sich selbst, S. 150–158.

[45] Amtliche Wahlprotokolle, Amtsblatt des Kantons Aargau, mit Bezirksangabe anlässlich der Wahl.

[46] Vgl. dazu die mit interessanten Episoden gespickte Schrift: 50 Jahre Aargauische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Menziken 1970.

[47] Müller, Andreas: Bauernheimat-Bewegung im Aargau. In: Argovia 2009, Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau, Bd. 121, S. 50 ff.

[48] 70 Jahre SVP Aargau 1920–1990. Windisch 1990, S. 70 ff.

[49] Vgl. Bircher, Zeitgeschehen, S. 113: Ogi unterlag mit 4 zu 3 im Bundesrat bei der Zuteilung des Aussenministeriums gegen Flavio Cotti, der mit dem OSZE-Vorsitz das Völkerbundsengagement seines Tessiner Kollegen Giuseppe Motta in der Erinnerung aufleben liess. S. 3 ff.: Kap. Der Kampf um Bundesratssitze.

[50] Der Bund kurz erklärt. Bern 2018, insb. Kap. Die zwölf Parteien auf Bundesebene, S. 22 f.; Blickpunkt Aargau, S. 15.

[51] Vgl. Bircher, Silvio: Politik und Volkswirtschaft des Aargaus – Eine Staats- und Wirtschaftskunde für jedermann. Aarau 1979, S. 90 ff. mit Ständeratsvertretung des Aargaus seit 1848; siehe auch Der Bund 2018, S. 30 f. mit Ständeratszahlen 2015: CVP/FDP je 13, SP 12, 6 SVP, GP/BDP je 1; vgl. auch die Wahltabellen.

[52] Alle Zitate aus: CVP Aargau 1892–1992. Baden 1992, S. 36 und 41.

[53] So 1963 Arbeitersekretär Karl Trottmann; 1951 Xaver Stöckli, 1971 Albert Rüttimann, beides Landwirte.

[54] Wicki, Dieter: Der aargauische Grosse Rat 1803–2003. Baden 2006, S. 127.

[55] Schmid, Hans: Bundesrat Frey-Herosé. Aarau 1917, S. 177 ff.

[56] Alles Weitere dazu Jung, Joseph: Lydia Welti-Escher. Zürich 2013.

[57] Der Autor dankt dem Personal von Kantonsbibliothek und Staatsarchiv für die Mithilfe bei der Quellen-Sucharbeit sowie vor allem dem Historiker Bruno Meier und Staatsarchivarin Andrea Voellmin für den anregenden Austausch.